

«Gewisse Dinge liefen krumm»

Nationalrat **Walter Müller** (FDP/SG) gehörte zu den Mitunterzeichnern einer Interpellation, die laut NZZ der Lobbyist Thomas Borer im Auftrag des autoritären kasachischen Regimes initiiert hat. Hier erklärt Müller, warum er unterschrieb.

DOMINIC WIRTH

Herr Müller, Sie haben im September eine Interpellation unterschrieben, in der die Auslieferung von Viktor Chrapunow implizit verlangt wird. Dieses Anliegen hat in den vergangenen Tagen einigen Wirbel verursacht (siehe Kasten). Wieso haben Sie unterschrieben?

Walter Müller: Ich war 2014 mit einer parlamentarischen Gruppe in Kasachstan. Dabei wurde uns von Geschädigten und auch von Mitgliedern des Parlaments glaubhaft versichert, dass gewisse Dinge krummgegangen sind – und Herr Chrapunow daran beteiligt war. Wir wurden dann darum gebeten zu helfen.

Von der kasachischen Regierung?
Müller: Nein, das waren Leute aus oppositionellen Kreisen.

Dann haben Sie die Interpellation im Glauben unterzeichnet, sich für die Opposition einzusetzen?

Müller: Ich will, dass die Angelegenheit korrekt aufgeklärt wird, und habe stets auf die juristische Ebene verwiesen. Als Christian Miesch mich anfragte, habe ich gesagt: Ja, da ist etwas krummgegangen, das unterschreibe ich.

Nochmals: Sie wussten bei der Unterzeichnung nichts von der Verbindung zum Regime von Nasarabajew, sondern meinten, dass Sie sich für die Opposition einsetzen?

Müller: Ich habe nichts gemeint, ich habe gar nichts gemeint. Es ging mir nicht um Nasarabajew. Wir waren unter anderem an einem Antikorruptionstreffen, verschiedenste Leute waren dort präsent. Es ging darum, dass in Kasachstan ohne ein dickes Portemonnaie nichts geht.

Dann wurden Sie von den Enthüllungen der NZZ bezüglich der Rolle von Thomas Borer bestimmt überrascht. Hätten Sie die Interpellation auch unterzeichnet, wenn Sie gewusst hätten, dass er monatlich 30 000 Dollar aus Kasachstan erhält?

Müller: Ich wusste das nicht. Für mich ist alleine massgebend, und das sage ich noch einmal in aller Deutlichkeit: Ich hatte den Eindruck, dass etwas nicht mit rechten Dingen zugeht. Meine Quelle war nicht die Regierung, sondern die Opposition und angeblich Betroffene.

Also hätten Sie nicht unterschrieben, wenn Sie gewusst hätten, dass



Walter Müller würde heute «von der Einreichung einer Interpellation abraten».

Bild: Michel Canonica

Die Affäre um Viktor Chrapunow

Die NZZ enthüllte diese Woche, wie der ehemalige Spitzendiplomat Thomas Borer in der Schweiz die Interessen des kasachischen Diktators Nursultan Nasarabajew vertritt. Im Zentrum steht dabei Viktor Chrapunow, der einst zur kasachischen Elite zählte, sich 2007 aber an den Genfersee absetzte. Dort wirkt er als Kritiker des Regimes von Nasarabajew. Die kasachische Justiz beschuldigt Chrapunow,

Millionensummen zu Unrecht ins Ausland geschafft zu haben. Im Februar 2012 stellte Kasachstan ein Rechtshilfegesuch an die Schweiz. Laut der NZZ, die aus E-Mails von Thomas Borer zitiert, setzt Kasachstan seit 2014 auf die Lobby-Dienste von Borer. Der ehemalige Schweizer Botschafter in Berlin soll mithilfe, einem Auslieferungsgesuch zum Erfolg zu verhelfen. Zu diesem Zweck schrieb Borer den Kasa-

chen, von ihnen «freundlich gesinnten» Nationalräten werde eine Interpellation eingereicht, um den Druck auf den Bundesrat zu erhöhen. Zu den Unterzeichnern der Interpellation, die von Christian Miesch (SVP/BL) eingereicht wurde, zählten auch Walter Müller und Lukas Reimann, der St.Galler SVP-Nationalrat. Borer soll für seine Dienste laut NZZ 30 000 Dollar im Monat erhalten. (dow)

es eine Verbindung zu Diktator Nasarabajew gibt?

Müller: Das würde ich so nicht bestätigen. Ich finde es falsch, alles auf die Stufe Borer/Nasarabajew zu reduzieren. Für mich steht die Frage im Zentrum, ob etwas krummgegangen ist. Meine Informationen waren so, und deshalb sollte der Sache auf den Grund gegangen werden.

Letztlich haben Sie sich dafür eingesetzt, dass ein politischer Gegner in ein Land ausgeliefert wird, das kein Rechtsstaat ist.

Müller: Dass Kasachstan kein Rechtsstaat ist, sagen Sie. Ich habe stets auf die Gerichte verwiesen, und die Interpellation verlangt keine Auslieferung.

Wie schätzen Sie denn die politische Lage in Kasachstan ein?

Müller: Ein Stück weit ist das schon eine Diktatur...

...also kann man nicht von einem Rechtsstaat sprechen.

Müller: Das ist mir zu einfach, Vorsicht. Aber man muss sagen: Ein Rechtsstaat in unserem Sinne ist Kasachstan nicht.

Werden Sie sich in der Sache nach den jüngsten Entwicklungen noch weiter einsetzen?

Müller: Wenn Borer den politischen Anwalt spielt, halte ich das nicht für sehr intelligent. Wenn es einen Streitfall gibt, sollen das unsere Gerichte beurteilen.

Sie sitzen im Beirat des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte. Müssen Sie da nicht besonders vorsichtig sein, wenn Sie eine Interpellation unterzeichnen, die im Zusammenhang mit einem Regime steht, das nicht gerade dafür bekannt ist, die Menschenrechte zu achten?

Müller: Genau deshalb ist es wichtig, dass man hinhört und sich einsetzt. Wir haben uns ja nicht von der Regierung bezirren lassen, sondern haben mit beiden Seiten gesprochen. Von daher gesehen finde ich es zu einfach, wenn man aus der Ferne pauschal sagt, was gut ist und was böse.

Würden Sie rückblickend wieder alles gleich machen?

Müller: Das ist eine andere Frage. Wenn ich gewusst hätte, dass es vor allem um einen Machtkampf geht, hätte ich wohl von der Einreichung einer Interpellation abgesehen.

Annäherung im Streit um EuroAirport

DAVOS. Im Streit um den Steuerstatus des EuroAirport bei Basel sind sich die Schweiz und Frankreich einen Schritt näher gekommen: Internationale Fluggesellschaften sollen weiterhin dem Schweizer Steuerrecht unterstehen, alle anderen Unternehmen müssten Steuern in Frankreich zahlen. Dieser Kompromiss ist in einer gemeinsamen Erklärung skizziert, die der Schweizer Ausussenminister Didier Burkhalter und sein französischer Amtskollege Laurent Fabius am Donnerstag am Rande des WEF in Davos unterzeichnet haben. Es handelt sich dabei nicht um ein Abkommen.

In dem Papier werden jedoch die Grundsätze festgelegt, die letztlich zu einer definitiven Lösung führen sollen.

Lösung für spezielle Situation

In der Erklärung bekräftigen die beiden Aussenminister die Bedeutung des EuroAirport. Ziel beider Länder sei es, die Rechtssicherheit zu garantieren und die Attraktivität des Flughafens als Wirtschaftszentrum und Arbeitgeber zu erhalten.

Heute wird der EuroAirport zum Teil von der Schweiz betrieben, obwohl er vollständig auf französischem Boden steht. Diese Lösung steht in Frage, seit Frankreich im letzten Juli angekündigt hat, auch Unternehmen im Schweizer Sektor nach französischem Recht besteuern zu wollen. Easyjet, die mit Abstand wichtigste Fluggesellschaft am EuroAirport, hat den Standort bereits in Frage gestellt, falls die Tickets wegen höherer Steuern verteuert werden müssten. Auch andere Unternehmen drohten mit einem Wegzug. (sda)

Kesb muss besser kommunizieren

ZÜRICH. Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (Kesb) im Kanton Zürich sollten ihre Kommunikation verbessern. Zu diesem Schluss kommt die Geschäftsprüfungskommission des Kantonsrats. Sie hat – unabhängig vom Tötungsdelikt in Flaach – die Strukturen der Kesb untersucht. Die Abklärungen hätten ergeben, dass die Kesb funktionsfähig und die gesetzten Ziele mehrheitlich erreicht worden seien. Verbesserungspotenzial bestehe insbesondere bei der Kommunikation zwischen den beteiligten Stellen. (sda)

Anzeige

Kanton St.Gallen
Gewerbliches Berufs- und Weiterbildungszentrum St.Gallen



www.gbssg.ch

Nicht immer ist eine Hochschule die beste Wahl. Die Höheren Fachschulen am GBS St.Gallen bieten Ihnen eine ebenso vielseitige wie solide Aus- und Weiterbildung fürs Leben. Entdecken Sie 172 Angebote auf unserer neuen Website.